Es gilt das gesprochene Wort

Rede des
Kreisdirektors und Kämmerers
Rainer Stratmann
zur Einbringung des Haushaltes 2006
des Kreises Unna

Herr Landrat,
meine Damen und Herren,

der Kreis Unna hat während der letzten 25 Jahre nur wenige Haushalte ausgleichen können. Anfang der 80ger Jahre hatten wir ein für damalige Verhältnisse unvorstellbares Defizit von 24 Mio. DM – sprich 12 Mio. Euro, das wir im Laufe der Jahre bis 1991 wieder abbauen konnten. Aber die Entwicklung der letzten 4 Haushaltsjahre übertrifft alle bisher vorstellbaren Dimensionen: 2003 hatten wir 16,6 Mio. Euro Defizit, 2004 10,5 Mio. Euro Defizit und 2005 werden es voraussichtlich in der Jahresrechnung rd. 22 Mio. Euro Defizit sein. Das sind zusammengenommen fast 50 Mio. Euro, die uns schon jetzt in der Kasse fehlen. Und das ist nicht irgendeine virtuelle Zahl, in dieser Größenordnung stehen wir tagtäglich im Soll bei den Banken und Sparkassen. Wir finanzieren also unsere laufenden Ausgaben, wie z. B. Sozialhilfe, Pflegekosten oder Personalausgaben - salopp ausgedrückt - über den Dispo.

Aber, Herr Landrat,
meine Damen und Herren,

Woran liegt das? Kann der Kreis nicht mit Geld umgehen? Verprassen wir das uns anvertraute Geld? Ist das nur im Kreis Unna so, oder ist das woanders ähnlich?

Auf diese Fragen gibt es eigentlich nur drei einfache Antworten.

1. **Wir haben zu wenig Einnahmen, weil wir aus Solidarität mit den Städten und Gemeinden auf notwendige Umlageanhebungen in den letzten Jahren verzichtet haben.**
2. **Wir haben zu hohe Ausgaben, weil ständig neue Leistungsgesetze uns dazu zwingen und**

3. **Die Situation ist in ganz Deutschland ähnlich, vielleicht nicht ganz so dramatisch wie bei uns im Kreis Unna.**

Herr Landrat,
meine Damen und Herren,
die einzige wirkliche Einnahmequelle, auf die wir auch Einfluss haben, ist die Kreisumlage. Da haben wir aber aus lauter Not auf die eigentlich notwendige Umlageerhöhung in den letzten Jahren verzichtet, weil auch unsere Städte und Gemeinden in großen Finanzproblemen stecken: dem mussten wir schlicht und einfach Rechnung tragen. Der Kreis Unna ist damit allerdings einen Weg gegangen, der so und in dieser Größenordnung nirgendwo in Nordrhein-Westfalen zu finden ist. Um den Städten und Gemeinden zu helfen, haben wir auf die im Gesetz vorgeschriebene und von der Finanzsystematik vorgesehene Umlageanhebung mehrere Jahre bewusst verzichtet.

Herr Landrat,
meine Damen und Herren,
wie kann man angesichts einer solchen Vorbelastung überhaupt einen Haushalt für 2006 vorlegen, der

- **die Belastungen aus der Vergangenheit berücksichtigt,**
- **aber auch Zukunftsperspektiven eröffnet und**
- **gleichzeitig das Haushaltssicherungskonzept so fortschreibt, dass es bei der Bezirksregierung genehmigt werden kann.**

Das ist wie die „Quadratur des Kreises“ oder wie unsere neue Bundeskanzlerin Angela Merkel es vor einigen Tagen sagte, die „Kugelmachung des Würfels“.

Herr Landrat,
meine Damen und Herren,
zunächst zur Einnahmeseite. Man hört z.Zt. von allen Seiten, dass die Gewerbesteuer wieder kräftiger sprudelt, zum Teil auch in unseren Städten und Gemeinden im Kreis Unna. Das ist gut so und wird auch von den kommunalen Spitzenverbänden ausdrücklich bestätigt und begrüßt. Diese Entwicklung ist allerdings zu spät gekommen. Es wurden lediglich Schlupflöcher im Gewerbesteuerrecht wieder geschlossen, die aus der heutigen Sicht völlig unverständlich waren und zudem keinen einzigen neuen Arbeitsplatz gebracht haben - was eigentlich der Sinn der wirtschaftsfreundlichen

Steuererleichterungen war. Damit werden zu Recht nunmehr auch die Unternehmen vor Ort wieder mehr in die Pflicht genommen, für die kommunale Infrastruktur ihren Anteil zu leisten.

Herr Landrat,
meine Damen und Herren,
Aber, eine Trendwende ist das noch längst nicht, so auch der Präsident des Deutschen Städtetages, der Münchner Oberbürgermeister Christian Ude. Hier ist keine Entwarnung angesagt, im Kreis Unna schon mal gar nicht. Denn trotz des gegenläufigen Trends in Nordrhein-Westfalen - + 5 % - sinkt die Steuerkraft der Städte und Gemeinden im Kreis Unna noch einmal um 6 % oder rd. 15 Mio. Euro im Vergleich zum Vorjahr. Die Ursache liegt generell an unserer Steuerschwäche im Kreis, insbesondere aber an einer enormen Gewerbesteuerrückzahlung der Stadt Bergkamen mit rd. 20 Mio. Euro. Damit sinken unsere Umlagegrundlagen erneut auf jetzt nur noch 350 Mio. Euro kreisweit. Das heißt im Klartext: Bei einem angenommenen gleichbleibenden Hebesatz von 43,5 Punkten hätten wir rd. 5,7 Mio. Euro weniger in der Kasse. Da wir in 2005 ein Defizit von 22 Mio. Euro produziert haben, müssten wir bei gleichbleibenden Ausgaben – was ja auch nicht stimmt, denn die Ausgaben steigen ständig – fast 30 Mio. Euro mehr in der Kasse haben, um einen ausgeglichenen Haushalt für 2006 darzustellen.

Allein diese kleine Rechnung macht deutlich, wie fatal sich das Umlagesystem für die Kreise inzwischen auswirkt. Daher ist die Forderung nach wie vor auf dem Tisch, im Rahmen einer wirklich durchgreifenden Gemeindefinanzreform die Finanzsystematik neu zu ordnen und den Kreisen eine wenigstens halbwegs vernünftige Einnahmesituation durch eigene Einnahmen zu verschaffen.

Inzwischen ist ein unhaltbarer Zustand erreicht: Wenn mehr als 63 % der Einnahmen eines Kreises ausschließlich über die Kreisumlage abgedeckt werden und damit die Städte und Gemeinden fast 50 % ihrer Steuerkraft an den Kreis abführen müssen, dann stimmt etwas grundlegend nicht mehr. Hier stimme ich ausdrücklich mit den Bürgermeistern und Kämmerern der Städte und Gemeinden im Kreis Unna überein: so kann das nicht mehr weitergehen.

Aber, meine Damen und Herren,
die von mir jetzt vorgeschlagene Anhebung der allgemeinen Kreisumlage auf 49 Punkte bedeutet keineswegs einen Ausgleich des Kreishaushaltes, weder jahresbezogen für 2006 und schon gar nicht für die vergangenen Jahre.

Für das Haushaltsjahr 2006 wird wiederum ein jahresbezogenes, neues Defizit von rd. 16 Mio. Euro vorgesehen, damit erhöht sich die Gesamtsumme des Defizits auf rd. 66 Mio. Euro, ein Ergebnis, das aus meiner Sicht kaum noch verantwortbar ist. Die Bezirksregierung sieht das genauso und hat in einem Gespräch gestern große Bedenken angemeldet, den Haushalt und das Haushaltssicherungskonzept zu genehmigen: die Schmerzgrenze sei erreicht, so der Regierungspräsident.

Herr Landrat,
meine Damen und Herren,
soweit im Schnelldurchlauf zu den Einnahmen, bei den Ausgaben wird mehr als deutlich, wo das eigentliche Problem des Kreishaushaltes liegt. Die wesentlichen Ursachen für rasant steigende Ausgaben liegen einzig und allein bei den hohen Sozialkosten - und hier insbesondere bei den Kosten der Unterkunft nach dem SGB II. Wenn der Kreistag die allgemeine Kreisumlage auf 49 % anhebt, wofür ich ausdrücklich werbe, werden wir rd. 170 Mio. in der Kasse haben. Dem allerdings stehen gegenüber ein Zuschussbedarf des Budgets „Arbeit uns Soziales“ von rd. 100 Mio. Euro und ein Umlageaufwand an den Landschaftsverband von rd. 62 Mio. Euro, der fast wiederum ausschließlich für soziale Leistungen verausgabt wird. Man kann also mit Fug und Recht behaupten: Praktisch die gesamte Kreisumlage wird gebraucht, um Sozialleistungen vor Ort – also in den Städten und Gemeinden - zu finanzieren. Ich kann den Unmut der Städte und Gemeinden zwar gut verstehen, aber der Kreis ist doch der vollkommen falsche Adressat, hier liegt einzig und allein die Verantwortung für zusätzliche Ausgaben beim Gesetzgeber Bund oder Land.

Herr Landrat,
meine Damen und Herren,
lassen Sie mich das an drei Ausgabenpositionen deutlich machen, die unseren Sozialhaushalt wesentlich bestimmen und unsere Finanzmisere seit Jahren, ja seit Jahrzehnten ausmacht.

Da ist zunächst einmal die Grundsicherung im Alter, eine richtige und gute Entscheidung des Bundesgesetzgebers, alten Menschen die Sicherheit im Alter zu geben, nicht von der Sozialhilfe leben zu müssen. Diese Grundsicherung kostete uns bei Verabschiedung des Gesetzes im Jahre 2003 rd. 4,7 Mio. Euro, jetzt beträgt sie inzwischen über 11 Mio. Euro.

Ein zweiter Punkt, dessen Sinnhaftigkeit überhaupt nicht in Frage gestellt wird, ist die Hilfe zur Pflege. Wir haben vom Landschaftsverband seit dem Jahre 2000 diese Aufgabe übernommen. Wir tun das gerne und kompetent, haben allerdings auch die Finanzverantwortung für diese Aufgaben seitdem zu tragen. Angefangen hat das Ganze im Jahre 2000 mit einem Finanzaufwand von rd. 1,9 Mio. Euro. Inzwischen sind wir bei über 20 Mio. Euro angelangt mit noch steigender Tendenz – und eben keiner Entlastung über die Senkung der Verbandsumlage im gleichen Umfang.

Ein dritter Punkt - und das ist der Gravierendste - ist die Neuregelung der Grundsicherung nach dem SGB II, also die Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe.

Hier gibt es jetzt eine Arbeitsteilung: der Bund trägt die Hilfe zum Lebensunterhalt, während die Städte und Kreise verpflichtet sind, die Unterkunftskosten zu bezahlen. Damit das ganze nicht völlig aus den Fugen gerät, beteiligt sich der Bund mit 29,1 % an den Unterkunftskosten. Hatten wir in 2005 63,5 Mio. für diese Kosten veranschlagt, müssen wir im neuen Haushaltsjahr einen Ansatz von rd. 77 Mio. Euro dafür bilden. Wir hatten allerdings schon im letzten Jahr aus der Sicht der Verwaltung darauf hingewiesen, dass die Unterkunftskosten höher ausfallen würden, leider ist uns der Kreistag an dieser Stelle nicht gefolgt. Gott sei Dank oder auch Franz Müntefering sei Dank, ist noch im Dezember eine Einigung mit dem Bund über die weitere Beteiligung an den Unterkunftskosten für Langzeitarbeitslose zustande gekommen. Es bleibt zumindest für das Jahr 2006 bei den zugesagten 29,1 % anteiliger Finanzierung durch den Bund. Damit haben wir für 2006 Planungssicherheit.

Wir müssen aber politisch deutlich fordern, dass die zugesagte Entlastung der Kommunen von bundesweit 2,5 Milliarden Euro auch kommt. Man darf sich also nicht da-

mit zufrieden geben, dass der Bund zunächst mal für 2006 es bei den 29,1 % belässt, sondern unsere Forderung muss deutlich dahingehen, dass der Bund sich

1. **noch höher, nämlich nach unseren Berechnungen mit 34,5 % beteiligt und**
2. **auf Dauer an den Kosten der Unterkunft beteiligt bleibt.**

Wenn man gerade die Entwicklung der letzten Wochen und Monate bei den Wohnnebenkosten, insbesondere bei den Heizkosten sieht, bin ich mir auch gar nicht mehr so sicher, ob diese Kostenteilung insgesamt vernünftig und gerecht war. Denn bei der Hilfe zum Lebensunterhalt haben wir eine Kostensteigerung von 2 – 3 %, im Bereich der Heizkosten inzwischen eine Steigerung von 20 - 30 %. Aber, meine Damen und Herren, mehr war wohl nicht zu erwarten von einem handwerklich so schlecht gemachten Gesetz, das jetzt endlich an einigen wichtigen Punkten geändert werden soll – was höchste Zeit wurde.

Meine Damen und Herren,
so ist die von der Bundesregierung angekündigte sinnvolle Gesetzesänderung im Leistungsrecht zu Hartz IV mehr als überfällig. Wenn Kinder reicher Eltern z.B. das Arbeitslosengeld II für sich beanspruchen konnten oder bei den unter 25 Jährigen ohne weitere Prüfung Unterkunftskosten finanziert wurden, so war das kein Missbrauch, sondern legaler Gebrauch eines unzureichenden Gesetzes. Unserer Auffassung nach soll jeder das bekommen, was ihm zusteht, aber keiner, was ihm nicht zusteht. Das muss auch die Devise für die nächsten Jahre sein, um gerade bei diesem größten Ausgabeblock des Kreises, nämlich bei den Unterkunftskosten zu einigermaßen erträglichen Verhältnissen zu kommen.

Herr Landrat,
meine Damen und Herren,
unbestritten war und ist die Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe der richtige politische Ansatz. Ein so weitreichendes Projekt lässt sich allerdings nicht auf Knopfdruck zum Erfolg führen. Die Reibungsverluste beim Leistungsbezug scheinen inzwischen überwunden, jetzt muss die Wiedereingliederung der Langzeitarbeitslosen erste Priorität haben. 2006 muss genutzt werden, um vor allen Dingen die Vermittlung in Arbeit zu verstärken und „fördern und fordern“ wirklich umzuset-

zen. Da muss deutlich zugelegt und verbessert werden. Es ist doch ein Unding, dass auf der einen Seite die Kosten für den Lebensunterhalt und die Unterkunft ständig steigen, während auf der anderen Seite Fördergelder nicht fließen, weil Maßnahmen vor Ort organisatorisch nicht umsetzbar sind. Das muss ein Ende haben und das kann für uns im Kreis Unna nur ein Ende haben, wenn dieser Irrsinn – so kann ich das nur noch bezeichnen – der „organisierten Unverantwortlichkeit“ auf der Ebene der ARGE aufhört. Hier ist zurecht von den Städten, Gemeinden und vom Kreis angemahnt und gefordert worden, baldmöglichst zu einer anderen Rechtskonstruktion zu kommen, um eine durchgreifende Veränderung und damit Verbesserung der Situation zu erreichen. Wenn von rd. 30 Mio. Euro Fördergeldern im Kreis Unna gerade einmal die Hälfte verausgabt worden sind, so ist das nicht nur ein Armutszeugnis für die dahinterliegenden Strukturen, sondern auch ein Schlag ins Gesicht all derer, die händeringend nach Arbeit suchen und entsprechende Förderung dringend brauchen.

Herr Landrat,
meine Damen und Herren,
diese Beispiele zeigen mehr als deutlich, wo eigentlich das Geld bleibt. Es ist eben nicht so, dass der Kreis das Geld zum Fenster rauswirft, dass das Geld irgendwie verprasst wird oder an irgendwelche anonymen Kreisbürger verteilt wird. Dieses Geld wird ausschließlich für Menschen bezahlt, die in unseren Städten und Gemeinden leben und die darauf einen Rechtsanspruch haben. Wir vollziehen lediglich Bundes- und Landesgesetze und haben keinen Einfluss darauf, ob und in welcher Höhe gezahlt wird. Allein die drei großen, eben genannten Ausgabeblöcke machen bei uns rd. 100 Mio. Euro aus, eine schier unglaubliche Zahl. Wir – und damit meine ich uns alle – die Städte, Gemeinden und der Kreis, haben immer mehr Aufgaben zu erledigen und dafür auch die Finanzen aufzubringen. Ich sag es noch einmal und wiederhole es ausdrücklich:

- **wir sind für die Reformen im Bereich von Hartz IV,**
- **wir sind dafür, dass die alten Menschen im Alter eine Grundsicherung bekommen und**
- **wir sind auch dafür, dass jeder die Hilfe im Alter bekommt, die er braucht.**

Wir sind allerdings dagegen, dass die Lasten falsch verteilt werden. Diese Leistungsgesetze wurden auf der Ebene des Bundes oder der Länder verabschiedet und be-

lasten im wesentlichen die kommunalen Haushalte. Dieser Trend muss gestoppt werden.

Aber, meine Damen und Herren,
das nächste Desaster droht schon: Die im Koalitionsvertrag angekündigte Verbesserung bei der Kinderbetreuung der unter Dreijährigen ist sicher notwendig und politisch wünschenswert. Aber ohne eine dauerhafte finanzielle Regelung unter Anerkennung der kommunalen Probleme ist sie inhaltsleer und mit uns nicht zu machen. Die Politik – insbesondere die Bundespolitik - muss sich endlich davon verabschieden, immer wieder Versprechungen zu machen, deren Finanzierung dann im wesentlichen über die kommunalen Haushalte erbracht werden muss, so auch der Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, unser Bürgermeister aus Bergkamen, Roland Schäfer.

Herr Landrat,
meine Damen und Herren,
nun hört man gerade in den letzten Wochen die Forderung aus den Städten und Gemeinden, der Kreis müsse nun auch endlich sparen. Vor Ort seien alle Sparpotentiale ausgeschöpft, es stünde nun auch dem Kreis gut an, so zu sparen wie die Städte und Gemeinden, Personalkosten zu reduzieren und sich von Vermögen zu trennen: Also endlich das zu tun, was die Städte und Gemeinden ja schon seit langer Zeit machen und was der Kreis - und damit insbesondere der für die Kommunalaufsicht zuständige Kreiskämmerer ja auch von ihnen gefordert hätte. Aufgrund der schwierigen Haushaltssituation in den Städten und Gemeinden, die mir aus der Kommunalaufsicht tatsächlich sehr gut bekannt ist, verstehe ich diese emotionale Aufregung. Ich bedanke mich auch ganz ausdrücklich für die vielen wohlgemeinten Ratschläge, wie man den Haushalt des Kreises jetzt endgültig sanieren könnte. Lassen Sie mich jedoch dazu auch einige Fakten beitragen, die in der Hektik der letzten Wochen und Monate vielleicht ein bisschen untergegangen sind.

Meine Damen und Herren, zunächst zum Sparen.
Wie ich bereits zu Anfang erwähnt habe, hat der Kreis bereits seit 25 Jahren erhebliche Finanzprobleme. Darauf haben wir immer wieder reagiert, Aufgaben reduziert und Personal abgebaut. Und das zu einer Zeit, als andere noch nicht einmal im Traum

daran gedacht haben. Wir haben 1991 noch 938 vollzeitverrechnete Stellen gehabt, die wir bis 1996 auf 834 Stellen abbauen konnten. Nach einer gewissen Konsolidierung bis 2001 haben wir seitdem weitere 25 Stellen abgebaut, so dass wir heute nur noch einen Personalbestand von 809 vollzeitverrechneten Stellen haben, von denen 23 komplett drittfinanziert sind. Auch im interkommunalen Vergleich der Kreise im Regierungsbezirk Arnsberg steht der Kreis Unna bei den bereinigten Personalkosten je Einwohner außerordentlich günstig. Der Mittelwert liegt bei 80,20 Euro, der höchste Wert bei 95,91 Euro und der Kreis Unna hat mit 68,02 Euro pro Einwohner deutlich die geringsten Personalkosten aller Kreise im Regierungsbezirk Arnsberg.

Herr Landrat,
meine Damen und Herren,
Das kommt nicht von ungefähr und ist auch nicht zufällig, sondern ist Ergebnis jahrelanger Arbeit. Aufgabenkritik ist eine Daueraufgabe, aber seit 2002 haben wir verstärkt die gesamte Kreisverwaltung auf den Prüfstand gestellt. Wir haben in zig Arbeitssitzungen mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Hunderte von Vorschlägen entwickelt, die zur strukturellen Verbesserung des Haushalts beitragen konnten und beigetragen haben. Von diesen Vorschlägen sind sehr, sehr viele verwirklicht worden, andere sind aus unterschiedlichen Begründungen leider nicht umsetzbar gewesen. Aber ich kann Ihnen doch sagen, dass hier um jeden Euro, um jeden Cent gerungen worden ist, dass wir nicht über ganze Stellen geredet haben, sondern um Stellenanteile, teilweise um Stundenanteile - und das auch noch angesichts immer größer werdender und schwieriger werdender Aufgaben.

Herr Landrat,
meine Damen und Herren,

- **es wird von uns erwartet, dass der Rettungsdienst Tag und Nacht funktioniert,**
- **es wird erwartet, dass die Ausländerbehörde rund um die Uhr tätig ist und**
- **es wird erwartet, dass unsere Gesundheitsaufseher und Lebensmittelkontrolleure ständig unterwegs sind, um den Verbraucher vor Gefahren zu schützen.**

Nur 3 Beispiele von vielen hundert Aufgaben des Kreises. Die Bürger erwarten das von uns – und auch zu recht. Aber dafür brauchen wir Menschen, die diese Arbeit tun. Gut ausgebildete, qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die allerdings auch ein Anrecht darauf haben, dass sie ordentlich bezahlt werden.

Herr Landrat,
meine Damen und Herren,
gleichwohl - in dieser dramatischen Haushaltssituation schlagen wir dem Kreistag erneut eine Aufgabenkritik vor, die jetzt allerdings unserer Auffassung nach unter sofortiger Beteiligung der Politik und unter Einbeziehung eines externen Gutachters noch einmal alles durchforsten soll. Diese Kommission soll sich insbesondere auch mit den Strukturen beschäftigen und danach fragen, ob bestimmte Aufgaben
- überhaupt noch erledigt werden müssen –
und wenn ja,
- in welcher Form sie erledigt werden sollen -.

Wir schlagen daher dem Kreistag vor, eine Finanzstrukturkommission zu bilden, um im Laufe des Jahres zu politischen Entscheidungen für den Haushalt 2007 zu kommen.

Herr Landrat,
meine Damen und Herren,
lassen Sie mich zum Schluss noch einige Bemerkungen zum Thema „Tafelsilber“ machen. Unsere Unternehmen wie die der Abfallwirtschaft oder der Wohnungswirtschaft sind Vermögenswerte des Kreises Unna, die über Jahrzehnte gewachsen sind, die in hohem Maße öffentliche Aufgaben erfüllen und auch eine ordentliche Rendite bringen. Dieser stetige, jedes Jahr auch steigende Finanzbeitrag stabilisiert unseren Haushalt. Ich darf nur erinnern, dass wir in 2006 eine Ausschüttung der VBU in der Größenordnung von 2,5 Mio. Euro für den Kreishaushalt vereinnahmen. Eine Eigenkapitalverzinsung, die ihresgleichen sucht und aufgrund der hervorragenden vertraglichen Situation auch für die Zukunft entsprechende Erträge erwarten lässt. Warum sollten wir also die Kuh schlachten, wenn wir sie melken können.

Oder nehmen wir ein anderes Beispiel. Der Kreis Unna hat exakt 436.445 Aktien der RWE. Diese Aktien bringen uns pro Jahr rd. 750.000 Euro netto, aufgrund der Werthaltigkeit der Papiere auch sicher für die nächsten Jahre. Hätten wir vor einigen Jahren den Forderungen mancher nachgegeben und die Aktien veräußert, so hätten wir tatsächlich einen Wertverlust im zweistelligen Millionenbereich realisiert. Die Aktien

bringen deutlich mehr Geld als Zinszahlungen, die wir für die Aufnahme eines ähnlich hohen Kommunalkredites zu leisten hätten. Es macht also wirtschaftlich überhaupt keinen Sinn, diese Aktien zu veräußern und sie kurzfristig zur Haushaltssicherung einzusetzen. Damit lösen wir kein strukturelles Problem, sondern wir verwischen im Gegenteil die wirkliche Finanzsituation. Mit dem Erlös aus dem Verkauf der Aktien könnten wir gerade mal dreieinhalb Monate die Unterkunftskosten finanzieren. Strukturell hätte das für den Haushalt überhaupt keine Auswirkung. Im übrigen - wenn wir unseren gesamten Kulturhaushalt streichen würden, könnten wir gerade mal 10 Tage die Unterkunftskosten finanzieren.

Herr Landrat,
meine Damen und Herren,
zusammengefasst, das Geschreie und Gezetere nach Verkauf von Tafelsilber und „endlich mal sparen beim Kreis“ ist m.E. Ausdruck der ebenfalls schwierigen Finanzsituation der Städte und Gemeinden und auch deren Hilflosigkeit – was ich gut verstehe. Aber es macht eben keinen Sinn, einem schlechten Beispiel nachzugehen und sich von dem, was über jahrzehntelang aufgebaut worden ist, zu trennen und damit für einige Wochen und Monate Löcher zu stopfen. Das wäre sparen nach dem Motto und „Koste es, was es wolle“. Vermögen muss gut und nachhaltig eingesetzt werden. Das tun wir z.B. mit dem Erlös aus den Gelsenwasseraktien. Wir hatten damals eine Sondersituation: Wir konnten eine einmalige Gelegenheit nutzen und die Gelsenwasseraktien sozusagen in einem Rutsch verkaufen. Wir nehmen nun den Erlös aus diesem Aktienverkauf, um damit ein dringendes Problem des Kreises zu lösen, nämlich die PCB Komplettsanierung des Hansa-Berufskollegs. Das ist gut eingesetztes Geld, indem man Vermögen wieder zu Vermögen macht.

Auch der Einsatz von Erlösen aus Vermögen zur Reduzierung von Schulden oder zur Finanzierung von Infrastruktur und Wirtschaftsförderung scheint sinnvoll, aber keinesfalls der Einsatz von Vermögen für konsumtive Ausgaben. Das wäre im übrigen das gleiche, als wenn man die goldene Uhr vom Großvater versetzt, um sein täglich Brot zu sichern oder wenn der Bauer sein Land verkauft, um seinen laufenden Betrieb zu finanzieren. Das ist dann der Anfang vom Ende und sicher kein gangbarer Weg in die Zukunft.

Herr Landrat,
meine Damen und Herren,
leider kann ich Ihnen jetzt und heute keinen anderen Haushaltsentwurf vorlegen als den, der jetzt in ihren Händen liegt. Ich wage auch keine optimistische Prognose, obwohl ich eigentlich von Hause aus Optimist bin. Aber die letzten Jahre haben mich eines besseren belehrt. Wir werden in den nächsten Wochen viel Arbeit haben, und zwar wir gemeinsam, um diesen Haushalt auf den Weg zu bringen.

An dieser Stelle möchte ich mich recht herzlich bei allen Kolleginnen und Kollegen aus dem Haus bedanken, die - wie in den vergangen Jahren - jederzeit konstruktiv und mit großem Engagement an der Erstellung des Entwurfes mitgearbeitet haben.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich heute ausnahmsweise einen Kollegen besonders hervorheben, der über 46 Jahre bei der Kreisverwaltung Unna gearbeitet hat, eigentlich immer im Bereich der Finanzen. Ihm hätte ich es wirklich am Ende seines beruflichen Lebens gegönnt, dass wir noch mal einen ausgeglichenen Haushalt vorweisen können. Leider ist das aus den eben genannten Gründen nicht möglich. Trotzdem oder gerade deswegen ist es mir ein besonderes Anliegen, Werner Erdmann für diese jahrzehntelange Arbeit für den Kreis Unna zu danken. Das ist der letzte Haushalt, der unter seiner Leitung im Steuerungsdienst erarbeitet worden ist. Werner Erdmann wird im Sommer in den wohlverdienten Ruhestand gehen. Dir, lieber Werner, herzlichen Dank für die jahrelange gute Zusammenarbeit.

Herr Landrat,
meine Damen und Herren,
wir werden Ihnen in den nächsten Wochen in den Fraktionsberatungen jederzeit Rede und Antwort stehen. Entscheiden müssen Sie – es sei denn, Sie überlassen das dem Regierungspräsidenten: eine Alternative die dann allerdings die kommunale Selbstverwaltung wirklich beendet und die ich mir für den Kreis Unna schlichtweg nicht vorstellen kann. Ich hoffe jedenfalls, dass nach intensiven Beratungen in den nächsten Wochen am Ende ein Kreistagsbeschluss herauskommt, der uns einen sicher schwierigen, aber doch gangbaren Weg in die Zukunft weist.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.